

# Ja zum Leben macht zornig

## Deutscher Umwelttag 1986 zeigte Mut zum Handeln

(hi). Vom 6. bis 8. Juni versammelte sich in Würzburg eine Große Koalition, zusammengerufen von Natur- und Umweltschutzverbänden, Bürgerinitiativen und Verbraucherzentralen. 20 000 bis 30 000 Bürger, meist jüngere, kamen zum ersten Deutschen Umwelttag zusammen. „Ja zum Leben – Mut zum Handeln“ lautete das Motto, unter dem diese Großveranstaltung stand.

Als einseitig ideologisch geprägt wurde dieses Motto wohl nur von den Verweigerern angesehen, die diesmal rechts standen. Als der CSU angehörige Mandatsträger im Freistaat Bayern verweigerten sie ebenso wie das Umweltbundesamt in Berlin Zuschüsse, die den Veranstalter wenigstens einen Teil des ausgewiesenen Defizits von 400 000 DM erspart hätten. Aber das gehört wahrscheinlich dazu, wenn sich Bürger in ihre eigene Zukunft einmischen, wie das Hubert Weinzierl formulierte, der Vorsitzende des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland.

Würzburgs Bürger, vor der Veranstaltung von einer Zeitung befragt, meinten, der Umweltschutztag werde das Geschäft am verkaufsoffenen Samstag wohl nicht stören. Er tat es auch nicht. Es gab überhaupt keine „Störungen“,

wie sie von Brok- bis Wackersdorf oft recht genüßlich dem Publikum vorgeführt werden. Zorn über den Zustand unserer Umwelt und die rigide Gesellschaft der Herrschenden machte sich hingegen schon breit im verregneten Würzburg. Tausende trugen ihn mit nach Hause. Wie auf diesem Boden die „Saat einer zärtlicheren Kultur“, die Weinzierl forderte, aufgehen wird, bleibt abzuwarten. Die Zeit, in der Fensterreden willig oder teilnahmslos hingenommen werden, scheint für viele endgültig vorbei zu sein. Da erntete eine Hausfrau und Mutter frenetischen Beifall mit ihrer Aufforderung, die Industrie zu zwingen, damit die Industrie die Politik nicht zwingen könne, uns zu zwingen.

Ähnliche Töne schlugen auch die prominenten Vertreter der Umweltschutzbewegung an. Robert Jungk sprach vom Betonstaat, in dem sich nichts

mehr bewege; Steinwürfe seien da oft Ausdruck von Verzweiflung. Es sei an der Zeit, daß auch andere Kräfte ans Ruder kämen. Für Christa Reetz vom Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz bedeutet Ja zum Leben ein kompromißloses Nein zur Atomenergie. Eine Ansicht, die nach Tschernobyl gewiß von noch mehr Menschen geteilt wird.

Wer auf der Seite des Lebens stehe, so Hubert Weinzierl, habe mit Tschernobyl einen psychischen GAU erlebt, der ihm mehr als nur die Freude am Hausgarten, an Kindern und die Zukunft getrübt habe. Dieser habe vielmehr eine immerwährende Angst hinterlassen, alles sei anders geworden: „Weil wir jetzt endgültig wissen, daß nicht nur Flugzeuge, Raketen und Raumfahrzeuge abstürzen oder Giftunfälle an der Tagesordnung sind, sondern weil eben auch das scheinbar Ausgeschlossene, das Unvorstellbare passiert ist. Weil feststeht, daß Radioaktivität keine Grenzen kennt und daß es keine friedliche Atomenergie gibt. Wer in dieser Situation nicht bereit ist, seine Risikophilosophie zu verändern, wer weiterhin mit Beschwichtigung und Halbwahrheit, mit Desinformation und Sicherheitsversprechungen den Bürger täuscht, handelt kriminell.“

## Würzburger Erklärung

Mit der Würzburger Erklärung, die am 8. Juni 1986 vom Vorsitzenden des Deutschen Umwelttages, Prof. Reinhard Sander, vorgestellt wurde, ist versucht worden, umfassende Handlungsanleitungen zu formulieren. Wir veröffentlichen sie nachfolgend im Wortlaut, weil sie deutlich machen, daß auch Energiepolitik und Energietechnik im Kontext zu allen Bereichen menschlichen Handelns und Wirtschaftens gesehen werden müssen.

### Landschaft

Wir alle übernutzen die Landschaft: Industrie, Landwirtschaft, Freizeit und Erholung. Diese Übernutzung muß ein Ende haben. Vorrangiges Ziel ist die Erhaltung der Lebensräume. Menschliches Handeln darf nicht zum Artentod führen.

**Maßnahmen** hierzu sind:

- Schaffung eines bundesweit vernetzten Systems der Biotopsicherung
- Regelungen für den Bodenschutz, die Schädigung des Landschaftshaushaltes ausschließen
- Stopp des weiteren Landschaftsverbrauchs durch Verkehr, Industrie-, Gewerbe- und Wohnbebauung
- Statt Massentourismus vorrangige Förderung aller Formen sanfter Erholung
- Verstärkte Einstellung ökologisch geschulter Fachleute in den öffentlichen Verwaltungen, vor allem auch in Führungspositionen.

### Landwirtschaft

Naturschutz und bäuerliche Landwirtschaft gehören zusammen. Nur der klein- und mittelbäuerliche Betrieb kann die Voraussetzungen für eine ökologisch gesunde Kreislaufwirtschaft schaffen, die zugleich Ausweisungen von Schutzgebieten langfristig in vielen Fällen entbehrlich macht.

Die Bauern dürfen nicht zu Opfern industrieller Produktionsformen gemacht werden. Aber auch sie stehen in der Verantwortung umweltverträglich zu wirtschaften.

**Maßnahmen** hierzu sind:

- Existenzsicherung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe durch eine entsprechend geänderte Agrarpolitik, vor allem durch Einführung gestaffelter Preise, wo immer dies möglich ist
- drastische Reduzierung des Pestizideinsatzes mit dem Ziel einer giffreien Landnutzung
- Einführung von Bestandshöchstgrenzen in der Tierhaltung unter Berücksichtigung der Fläche
- Unterbindung medikamentöser Tierhaltung
- Einstellung der Futtermittelimporte aus Übersee
- Verzicht auf Biospritproduktion
- Streichung der Landwirtschaftsklausel aus den Naturschutzgesetzen.

### Wirtschaft

Marktwirtschaftliche Instrumente wie Umweltabgaben oder Steuern sind nur dort berechtigt, wo sie gleichzeitig der Umweltverbesserung dienen. Die Kosten möglicher Umweltschäden müssen in die betriebliche Kalkulation mit einfließen. Umweltbelastende Produktionszweige müssen zur Sicherung der Arbeitsplätze vorrangig saniert werden.

**Maßnahmen** hierzu sind:

- im Bereich der **Energie**
- Neuordnung der Energieversorgungsstrukturen durch Dezentralisierung und Bedarfsorientierung, Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes
- Förderung der Energieeinsparung in jeder möglichen Weise
- Erschließung erneuerbarer und sauberer Energiequellen
- Stilllegung aller Atomanlagen in Ost und West
- Sofortiger Baustoff von WAA und Schnellem Brüter.

im Bereich der **Luft- und Gewässerreinigung**

- Systematische Verschärfung der Vorschriften in den Bereichen
- des Schutzes vor radioaktiver Strahlung
- der Luftreinigung
- des Gewässerschutzes

im Bereich der **Abfallwirtschaft**

- konsequente Durchsetzung der Prinzipien der Vermeidung, Getrennt-